

Der Kreistag richtet folgende Resolution an Landesregierung und Landtag:

- 1. Der Kreistag hat mit Resolution vom 1. 4. 2004 im Vorfeld der Diskussion um die Beauftragung der „Scheu-Kommission“ durch den damaligen Innenminister den Erhalt der Landratsbehörden als Kreispolizeibehörden gefordert. Die hierin genannten Punkte sind nach wie vor aktuell. Insbesondere wird auf die hierin geforderte bürger- und zugleich ortsnahe Organisation der Polizeibehörden hingewiesen. *)**
- 2. Der Kreistag begrüßt, dass die neue Landesregierung weiterhin von der Leitung der Kreispolizeibehörden in den Kreisen durch die Landräte ausgeht. Die Änderung des Polizeiorganisationsgesetzes gibt allerdings Anlass zur Sorge, dass das Prinzip der bürger- und ortsnahen Polizeibehörden keinen Vorrang mehr haben soll. Denn die Eingliederung der Polizeipräsidien Leverkusen und Mülheim/Ruhr in bereits bestehende Großbehörden führt einerseits für diese Bereiche zu einer weiteren Zentralisierung und andererseits zu einem Ungleichgewicht der Polizeibehörden. Eine solche Organisationsmaßnahme müsste sich in eine Gesamtkonzeption einfügen, die auch langfristig eine Homogenität aller Kreispolizeibehörden einschließlich Landratsbehörden und eine landeseinheitliche Führung und Aufgabenerledigung entsprechend ermöglicht. Eine solche Gesamtkonzeption ist bei dem Gesetzentwurf nicht erkennbar.**
- 3. Auch die Anbindung der Autobahnpolizei an 5 große Polizeipräsidien sowie die Übertragung der Aufgaben der Wasserschutzpolizei auf das Präsidium Duisburg lassen eine Gesamtkonzeption nicht erkennen.**
- 4. Der Kreistag unterstützt vielmehr die der Landesregierung übermittelten Vorschläge des Landkreistages zur Strukturreform der Kreispolizeibehörden **) grundsätzlich und bittet Landesregierung und Landtag, auf dieser Grundlage die Strukturreform für eine effektive und bürgernahe Polizei in Nordrhein-Westfalen zu schaffen.**

*) als Anhang 1 beigelegt

**) als Anhang 2 beigelegt